

Delfer Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag.

Preis vierteljährlich 60 Pf.,
durch die Post bezogen 75 Pf.

Inserate werden bis Donnerstag Mittag
in der Expedition angenommen.



Preis für die 3 gespaltene Zeile 10 Pf.,
für außerhalb des Landgerichtsbezirks Delfs
Wohnende 15 Pf.

Bedingt die Aufnahme eines Inserats
den Druck einer Beilage, so erhöhen sich
die Kosten desselben um 3 Mark.

Redakteur: Hermann Kappner.

Druck und Verlag von A. Ludwig in Delfs.

Nr. 42.

Delfs, den 18. Oktober 1907.

45. Jahrg.

Am t l i c h e r T h e i l.

A. Bekanntmachungen des Königl. Landraths.

Nr. 433.

Delfs, den 16. Oktober 1907.

Betrifft Neuwahl der Mitglieder der Steueraussschüsse der Gewerbesteuerklassen III und IV.

Die dreijährige Wahlperiode der Mitglieder der nach § 15 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Sammlung Seite 205) für die Veranlagung der Gewerbesteuer gebildeten Steueraussschüsse der Gewerbesteuerklassen III und IV läuft in diesem Jahre ab, es ist daher gemäß § 46 a. a. O. eine Neuwahl vorzunehmen.

In der Gewerbesteuerklasse III sind 5 Abgeordnete und 5 Stellvertreter, in der Gewerbesteuerklasse IV 7 Abgeordnete und 7 Stellvertreter zu wählen.

Zur Vornahme der Neuwahl von Mitgliedern und Stellvertretern habe ich einen Termin

a. für die Gewerbesteuerklasse III
auf Mittwoch, den 6. November d. J., vormittags 10 Uhr,

b. für die Gewerbesteuerklasse IV
auf Mittwoch, den 6. November d. J., vormittags 11 Uhr
im hiesigen Königl. Landratsamt anberaumt.

Wahlberechtigt in der Gewerbesteuerklasse III bezw. Gewerbesteuerklasse IV sind alle im Kreise Delfs für das Steuerjahr 1907 veranlagten Gewerbetreibenden der Klassen III bezw. IV, soweit sie nicht etwa mit der Steuer in Abgang gestellt sind, sowie die im laufenden Steuerjahre in den betreffenden Klassen in Zugang gestellten Pflchtigen. Wählbar sind nur solche männliche Mitglieder der betreffenden Klasse, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Von mehreren Inhabern eines Geschäftes ist nur Einer wählbar und zur Ausübung des Wahlrechts zu vertreten. Aktien- und ähnliche Gesellschaften üben das Wahlrecht durch einen von dem geschäftsführenden Vorstände zu bezeichnenden Beauftragten aus; wählbar ist von den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes nur Eins. Minderjährige und Frauen können das Wahlrecht durch Bevollmächtigte ausüben, wählbar sind letztere nicht.

Wird die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter seitens einer Steuergesellschaft verweigert oder nicht ordnungsmäßig bewirkt, oder verweigern die Gewählten die ordnungsmäßige Mitwirkung, so gehen die dem Steueraussschüsse zu-

stehenden Befugnisse für das betreffende Steuerjahr auf den Vorsitzenden über.

Als verweigert gilt die Wahl der Abgeordneten dann, wenn auf einmalig wiederholte Ladung im Wahltermine weniger als drei zur Ausübung des Wahlrechts berechnigte Mitglieder der Steuergesellschaft erscheinen.

Die Ortsbehörden ersuche ich, den für das Steuerjahr 1907 veranlagten Gewerbetreibenden ihres Bezirks hiervon Kenntnis zu geben und dieselben zu dem Termin einzuladen, ihnen auch auszugeben, die Gewerbesteuerzusschrift für das Steuerjahr 1907 mit zur Stelle zu bringen.

Der Vorsitzende

der Steueraussschüsse der Gewerbesteuerklassen III und IV.

Nr. 434.

Delfs, den 17. Oktober 1907.

Donnerstag, den 24. Oktober, von früh 8 Uhr ab, wird in Vernstadt Heu und Stroh durch einen Beamten des Proviantamts Delfs angekauft und abgenommen.

Nr. 435.

Delfs, den 16. Oktober 1907.

Die Magistrats, Herren Gutsvorsteher und die Gemeindevorstände des Kreises ersuche ich, etwaige Zu- und Abgänge an Hunden mir baldmöglichst anzuzeigen.

Die nach dem 25. d. Mts. bei mir eingehenden Anzeigen können bei der Festsetzung des Steuerbolls für das 2. Halbjahr 1907 nicht mehr Berücksichtigung finden.

Der Vorsitzende des Kreisamtsausschusses.

Nr. 436.

Delfs, den 15. Oktober 1907.

Die Polizeiverwaltungen und Herren Amtsvorsteher des Kreises mache ich erneut auf meine Kreisblattverfügung vom 12. Oktober 1905 — Beilage I zu Stück Nr. 43, Seite 155/56 — betreffend die Ausstellung, den Umtausch und die Erneuerung und Berichtigung der Quittungslarten ergebnis aufmerksam.

Nr. 437.

Delfs, den 12. Oktober 1907.

Nachdem die sechsmonatliche polizeiliche Beobachtung der beiden ropanstedsverdrächtigen Pferde des Stellenbesitzers und Futterhändlers Philipp in Kritschen beendet ist und sich auch bei der Schluß-Untersuchung seucheverdächtige Erscheinungen nicht erkennen ließen, sind die angeordnet gewesenen Schutzmaßregeln aufgehoben worden.

Nr. 438.

Breslau, den 12. September 1907.

Wiederholt haben wir wahrgenommen, daß in den hier eingehenden aufgerechneten Quittungskarten Krankheitszeiten eingetragen sind, für welche es an der dafür vorgeschriebenen Unterlage (den Krankheitsbescheinigungen zc. — zu vergleichen § 31 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 und Ziffer X,3 der Anweisung des Ministers für Handel und Gewerbe, betreffend die Ausstellung und den Umtausch von Quittungskarten vom 17. November 1899 —) fehlt. Die Eintragung erfolgt bei der die Quittungskarten aufrechnenden Stelle oft nur nach dem Gutdünken derselben, oder auch nach der angeblich glaubhaften Auskunft des Versicherten.

Dies ist in der Regel auf das Fehlen von Krankheitsbescheinigungen zurückzuführen, deren Ausstellung von den maßgebenden Stellen oft unterlassen wird.

Es dürfte daher angezeigt erscheinen, auf die hierbei in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen.

Nach § 31 des Invalidenversicherungsgesetzes bezw. Ziffer X der Anweisung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 17. November 1899, betreffend die Ausstellung und den Umtausch von Quittungskarten genügt zum Nachweise einer Krankheit die Bescheinigung des Vorstandes derjenigen Krankenkasse, welcher der Versicherte angehört hat. Für die über die Unterstützungsdauer derselben hinausgehende Zeit, sowie für Personen, welche einer Krankenkasse nicht angehört haben, genügt die Bescheinigung der Gemeindebehörde. Für die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen können Bescheinigungen auch durch die vorgesetzte Dienstbehörde ausgestellt werden. Die Anerkennung sonstiger Nachweise (z. B. ärztlicher Atteste, Zeugnisse von Krankenhäusern über die Krankheit u. s. w.) ist ebenfalls zugelassen. Krankheitsbescheinigungen der Krankenkassenvorstände oder der Gemeindebehörde sind bei Eintragungen in die Quittungskarten jedoch nur dann zu berücksichtigen, wenn sie dem durch die Anweisung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 16. Oktober 1899, betreffend die Ausstellung von Krankheitsbescheinigungen, vorgeschriebenen Muster entsprechen.

Nach dieser Anweisung sind die Kassenvorstände und zuständigen Gemeindebehörden von Amtswegen verpflichtet, die Bescheinigungen unmittelbar nach Beendigung der Krankheits- oder Genesungszeit stempel- und gebührenfrei auszustellen, jedoch nur unter den nachstehenden Voraussetzungen:

- a. Der Erkrankte muß zu den versicherungspflichtigen Personen im Sinne der §§ 1 oder 2 des Invalidenversicherungsgesetzes und nicht nur zu den versicherungsberechtigten Personen gemäß § 14 des letzteren gehören.
- b. Die Krankheit muß mit Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 5 Absatz 4 des genannten Gesetzes verbunden und der Versicherte durch erstere an der Aufnahme oder Fortsetzung versicherungspflichtiger Tätigkeit verhindert gewesen sein.
- c. Der Versicherte darf sich die Krankheit nicht vorsätzlich oder bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens, durch schuldhaftes Betheiligte bei Schlägereien oder Raufhändeln oder durch Trunkenheit zugezogen haben.
- d. Der die Bescheinigung ausfertige Stelle müssen die zu bescheinigenden Thatsachen bekannt sein oder glaubhaft nachgewiesen werden.

Die aufgestellten Krankheitsbescheinigungen sind nach Ziffer XVII der erstgenannten ministeriellen Anweisung den aufgerechneten Quittungskarten beizufügen und mit diesen an die Versicherungsanstalt einzusenden.

Letztere sind daher nicht verpflichtet, die in den Quittungskarten eingetragenen Krankheitszeiten zu berücksichtigen, wenn die vorgeschriebenen Bescheinigungen hierzu fehlen.

Dies kann aber für die versicherungspflichtigen Personen im späteren Renten- oder Beitragsersatzungsverfahren von großem Nachtheil sein. Denn nach den §§ 30 und 40 des Invalidenversicherungsgesetzes sind die Zeiten bescheinigter anrechnungsfähiger Krankheiten bei der Rentenberechnung als Beiträge II. Lohnklasse zu betrachten, tragen also zur Steigerung der Rente bei. Im weiteren sind solche Krankheiten auch bei Berechnung der Wartezeit und der Anwartschaft gemäß § 46 in Anrechnung zu bringen, und es kann vorkommen und ist schon wiederholt der Fall gewesen, daß bei Fehlen des Nachweises von anrechnungsfähigen Krankheitszeiten der Renten- oder Beitragsersatzungsanspruch als unbegründet zurückgewiesen werden mußte.

In Rücksicht auf die vorstehenden Darlegungen und darauf, daß durch spätere Nachforschungen über angebliche Krankheiten viel Schreibarbeiten und Portokosten erwachsen, ersuchen wir ergebenst, alle für die Ausstellung von Krankheitsbescheinigungen und Quittungskarten in Betracht kommenden Stellen auf die Beachtung der angeführten gesetzlichen Vorschriften hinzuweisen.

Landesversicherungsanstalt Schlesien.

F. W.

gez. Wimmer.

Dels, den 12. Oktober 1907.

Die Polizeiverwaltungen, Amts- und Gutsvorsteher, Gemeindevorstände, sowie die Krankenkassen ersuche ich, vorstehendes Rundschreiben künftig genau zu beachten.

Nr. 439.

Berlin, den 14. September 1907.

Die von der städtischen Polizeiverwaltung in Breslau aufgeworfene Frage, „ob eine nach den Bestimmungen vom 24. Mai d. Js. bemessene Probebede als ausreichend betrachtet werden muß, wenn bei der Belastungsprobe der Bruch bei einer (nachträglich errechneten) Beanspruchung eintritt, die der von guten Baustoffen zu fordernden Bruchfestigkeit gleichkommt,“ läßt sich nicht allgemein beantworten. Es wird nicht immer einwandfrei festgestellt werden können, ob die Ueberwindung der Zugfestigkeit des Eisens, der Druckfestigkeit des Betons, der Haftfestigkeit oder der Schubfestigkeit als Bruchursache anzusehen ist. Die nachträgliche Berechnung der beim Bruche auftretenden Spannungen unterliegt insofern Unsicherheiten, als die Lage der Nulllinie beim Bruch durch Rechnung schwer ermittelt werden kann. Selbst wenn durch genaue Messung die Höhe der Nulllinie ermittelt wird und danach die beim Bruch auftretenden Spannungen berechnet werden, so ist das Ergebnis doch selten befriedigend. Vielfach ergeben sich dann Zugspannungen im Eisen, die seine Zugfestigkeit erreichen, während doch, solange nicht ein wirkliches Zerreißen der Eisen eintritt, die Spannung nicht wohl über die Streckgrenze hinausgehen kann. Auch finden sich häufig für die Schub- und Haftspannungen so hohe Werte, daß sie mit den bislang vorliegenden Erfahrungen nicht in Einklang zu bringen sind, während andererseits die errechneten Betondruckspannungen erheblich unter den Druckfestigkeitszahlen bleiben. Bei dieser Unsicherheit wird daher der nachträglichen Berechnung der in den Probestörpern auftretenden Spannungen keine allzu große Bedeutung beizumessen sein. Der Wert der Probebelastung wird vielmehr hauptsächlich in der Belastung des Gesamtverhaltens, der Zahl, des Verlaufes und der Größe der Risse, namentlich auch in der Nähe der Auflager, zu erblicken sein.

Wenn eine Konstruktion bis zum Bruche eine Belastung getragen hat, die das Sechsfache der Nutzlast beträgt, so kann sie zwar nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen nicht wohl beanstandet werden; doch sollte bei irgend welchen erheblicheren Bedenken eine Konstruktion abgelehnt werden, bei der die Probelaft nicht das zehnfache der Nutzlast betragen hat. Es muß ferner daran festgehalten werden, daß die Probe nur für die Spannweite und die Abmessungen der Probekonstruktion und für eine bestimmte, vorher anzugebende Nutzlast als bestanden gelten darf. Keinesfalls darf, wenn die Probelaft etwa größer als das Sechs- bis Zehnfache der Nutzlast gewesen ist, deshalb eine größere Nutzlast, eine Vergrößerung der Spannweite oder eine Verminderung der Abmessungen zugelassen werden.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Deis, den 10. Oktober 1907.

Vorstehenden Erlaß bringe ich hiermit zur Kenntniß der Ortspolizeibehörden.

Nr. 440.

Berlin, den 9. Juli 1907.

Anweisung zur Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch die Schulen.

§ 1. Die Schulbehörden sind verpflichtet, der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch die Schule thunlichst entgegenzuwirken und die beim Auftreten dieser Krankheiten hinsichtlich der Schulen und anderen Unterrichtsanstalten erforderlichen Anordnungen nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften zu treffen.

§ 2. Auf die Reinhaltung der Schulgrundstücke, namentlich der Umgebung der Brunnen und der Schulräume einschließlich der Bedürfnisanstalten ist besondere Aufmerksamkeit zu richten. Die Klassenzimmer sind täglich auszuwehren und wöchentlich mindestens zweimal feucht aufzuwischen, während der Schulpausen und der schulfreien Zeit zu lüften und in der kalten Jahreszeit angemessen zu erwärmen.

Die Bedürfnisanstalten sind regelmäßig zu reinigen und erforderlichenfalls zu desinfizieren. Jährlich mindestens dreimal hat eine gründliche Reinigung der gesamten Schulräume einschließlich des Schulhofes zu erfolgen. Auch empfiehlt es sich, in angemessenen Zwischenräumen das Wasser der Schulbrunnen bakteriologisch untersuchen zu lassen.

§ 3. Folgende Krankheiten machen wegen ihrer Übertragbarkeit besondere Anordnungen für die Schulen und andere Unterrichtsanstalten erforderlich:

- a. Ausatz (Pepia), Cholera (asiatische), Diphtherie (Machbräune), Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Genickstarre (übertragbare), Pest (orientalische Beulenpest), Pocken (Blattern), Rückfallfieber (Febris recurrens), Ruhr (übertragbare Dysenterie), Scharlach (Scharlachfieber) und Typhus (Unterleibstyphus);
- b. Fabus (Erdgrind), Keuchhusten (Stichhusten), Körnerkrankheit (Granulose, Trachom), Krätze, Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose, wenn und so lange in dem Auswurf Tuberkelbazillen enthalten sind, Masern, Mischbrand, Rumpfs (übertragbare Ohrspeicheldrüsen-Entzündung, Mumps), Röteln, Rost, Tollwut, (Wasserscheu, Typhus) und Windpocken.

§ 4. Lehrer und Schüler, welche an einer der in § 3 genannten Krankheiten leiden, bei Körnerkrankheit jedoch nur, so lange die Kranken deutliche Eiterabsonderung haben, dürfen die Schulräume nicht betreten. Dies gilt auch von solchen Personen, welche unter Erscheinungen erkrankt sind, welche nur den Verdacht von Ausatz, Cholera, Fleckfieber,

Gelbfieber, Pest, Pocken, Rost, Rückfallfieber oder Typhus erwecken.

Die Ortspolizeibehörden sind angewiesen, von jeder Erkrankung eines Lehrers oder Schülers an einer der in Absatz 1 bezeichneten Krankheiten, welche zu ihrer Kenntniß gelangt, dem Vorsteher der Anstalt (Direktor, Rektor, Hauptlehrer, ersten Lehrer, Vorsteherin usw.) unverzüglich Mitteilung zu machen.

Werden Lehrer oder Schüler von einer der in Absatz 1 bezeichneten Krankheiten befallen, so ist dies dem Vorsteher der Anstalt unverzüglich zur Kenntniß zu bringen.

§ 5. Gesunde Lehrer und Schüler aus Behausungen, in denen Erkrankungen an einer der in § 3a genannten Krankheiten vorgekommen sind, dürfen die Schulräume nicht betreten, soweit und solange eine Weiterverbreitung der Krankheit aus diesen Behausungen durch sie zu befürchten ist.

Die Ortspolizeibehörden sind angewiesen, von jeder Fernhaltung einer Person vom Schul- und Unterrichtsbesuche dem Vorsteher der Schule (Direktor, Rektor, Hauptlehrer, ersten Lehrer, Vorsteherin usw.) unverzüglich Mitteilung zu machen.

Es ist auch seitens der Schule darauf hinzuwirken, daß der Verkehr der vom Unterricht ferngehaltenen Schüler mit anderen Kindern, insbesondere auf öffentlichen Straßen und Plätzen, möglichst eingeschränkt wird.

Lehrer und Schüler sind davor zu warnen, Behausungen zu betreten, in denen sich Kranke der in § 3a bezeichneten Art oder Zeichen von Personen, welche an einer dieser Krankheiten gestorben sind, befinden. Die Begleitung dieser Zeichen durch Schulkinder und das Singen der Schulkinder am offenen Grabe ist zu verbieten.

§ 6. Die Wiedergulassung zur Schule darf erfolgen:

- a. bei den in § 4 genannten Personen, wenn entweder eine Weiterverbreitung der Krankheit durch sie nach ärztlicher Bescheinigung nicht mehr zu befürchten oder die für den Verlauf der Krankheit erfahrungsmäßig als Regel geltende Zeit abgelaufen ist. In der Regel dauern Pocken und Scharlach sechs, Masern und Röteln vier Wochen. Es ist darauf zu achten, daß die erkrankt gewesenen Personen vor ihrer Wiedergulassung gebadet und ihre Wäsche, Kleidung und persönlichen Gebrauchsgegenstände vorschriftsmäßig gereinigt bzw. desinfiziert werden;
- b. bei den in § 5 genannten Personen, wenn die Erkrankten genesen, in ein Krankenhaus übergeführt oder gestorben und ihre Wohnräume, Wäsche, Kleidung und persönlichen Gebrauchsgegenstände vorschriftsmäßig desinfiziert worden sind.

§ 7. Kommt in einer Schule oder anderen Unterrichtsanstalt eine Erkrankung an Diphtherie vor, so ist allen Personen, welche in der Anstalt mit den Erkrankten in Berührung gekommen sind, dringend anzurathen, sich unverzüglich durch Einspritzung von Diphtheriehefserum gegen die Krankheit immunisieren zu lassen.

§ 8. Kommt in einer Schule oder anderen Unterrichtsanstalt eine Erkrankung an Diphtherie, übertragbarer Genickstarre oder Scharlach vor, so ist allen Personen, welche in der Anstalt mit dem Erkrankten in Berührung gekommen sind, dringend anzurathen, in den nächsten Tagen täglich Nachen und Nase mit einem desinfizierenden Mundwasser auszuspiülen.

§ 9. Schüler, welche an Körnerkrankheit leiden, dürfen, solange sie keine deutliche Eiterabsonderung haben, am Unterricht teilnehmen, müssen aber besondere, von den gesunden Schülern genügend weit entfernte Plätze angewiesen erhalten

und haben Verührungen mit den gesunden Schülern thunlichst zu vermeiden.

§ 10. Es ist darauf zu halten, daß Lehrer und Schülern, welche unter Erscheinungen erkrankt sind, die den Verdacht der Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose erwecken — Mähtigkeit, Abmagerung, Blässe, Hüsteln, Auswurf usw. — einen Arzt befragen und ihren Auswurf bakteriologisch untersuchen lassen.

Es ist Sorge dafür zu tragen, daß in den Schulen an geeigneten Plätzen leicht erreichbare, mit Wasser gefüllte Speigefäße in ausreichender Anzahl vorhanden sind. Das Spucken auf den Fußboden der Schulzimmer, Korridore, Treppen sowie auf den Schulhof ist zu unterlagen und nötigenfalls zu bestrafen.

§ 11. Kommt in einer Schule oder anderen Unterrichtsanstalt eine Erkrankung an Pocken vor, so ist allen Personen, welche in der Anstalt mit dem Erkrankten in Berührung gekommen sind, soweit sie nicht die Pocken überstanden haben oder innerhalb der letzten fünf Jahre mit Erfolg geimpft worden sind, dringend anzuraten, sich unverzüglich der Schutzpockenimpfung zu unterziehen.

§ 12. Wenn eine im Schulgebäude selbst wohnhafte Person an Ausfall, Cholera, Diphtherie, Fleckfieber, Gelbfieber, übertragbarer Genickstarre, Keuchhusten, Masern, Mumps, Pest, Pocken, Röteln, Rost, Rückfallfieber, übertragbarer Ruhr, Scharlach oder Typhus oder unter Erscheinungen erkrankt, welche den Verdacht von Ausfall, Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Pest, Pocken, Rost, Rückfallfieber oder Typhus erwecken, so ist die Schule unverzüglich zu schließen, falls die erkrankte Person nach dem Gutachten des Kreisarztes weder in ihrer Wohnung wirksam abgefordert noch in ein Krankenhaus oder einen anderen geeigneten Unterkunftsraum übergeführt werden kann.

Die Anordnung der Schulschließung trifft bei höheren Lehranstalten und bei Lehrerbildungsanstalten der Direktor, im übrigen in Landkreisen der Landrat, in Stadtkreisen der Bürgermeister. Vor jeder Schulschließung ist der Kreisarzt zu hören; auch ist dem Patronat (Kuratorium) in der Regel schon vor Schließung der Anstalt von der Sachlage Kenntnis zu geben.

§ 13. Kommt eine der in § 12 genannten Krankheiten in Pensionaten, Konvikten, Alumnaten, Internaten und dergl. zum Ausbruch, so sind die Erkrankten mit besonderer Sorgfalt abzusondern und erforderlichenfalls unverzüglich in ein geeignetes Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterkunftsraum überzuführen. Die Schließung derartiger Anstalten darf nur im äußersten Notfall geschehen, weil sie die Gefahr einer Verbreitung der Krankheit in sich schließt.

Während der Dauer und unmittelbar nach dem Erlöschen der Krankheit empfiehlt es sich, daß der Anstaltsvorstand nur solche Zöglinge aus der Anstalt vorübergehend oder dauernd entläßt, welche nach ärztlichem Gutachten gesund und in deren Absonderungen die Erreger der Krankheit bei der bakteriologischen Untersuchung nicht nachgewiesen sind.

§ 14. Für die Beobachtung der in den §§ 2, 4 Abs. 1, 5 Abs. 1 und 4, 6 bis 11 und 13 gegebenen Vorschriften ist der Vorsteher der Schule (Direktor, Rektor, Hauptlehrer, erster Lehrer, Vorsteherin usw.), bei einlässigen Schulen der Lehrer verantwortlich. In den Fällen des § 12 hat der Vorsteher der Schule an den zur Schließung der Schule befugten Beamten unverzüglich zu berichten.

§ 15. In Ortschaften, in welchen Cholera, Diphtherie, Fleckfieber, Gelbfieber, übertragbare Genickstarre, Keuchhusten, Masern, Mumps, Pest, Pocken, Röteln, Rückfallfieber, übertragbare Ruhr, Scharlach oder Typhus in epidemischer Verbreitung auftritt, kann die Schließung von Schulen oder einzelnen Schulklassen erforderlich werden. Ueber diese Maßregel hat die Schulaufsichtsbehörde nach Anhörung des Kreisarztes zu entscheiden. Bei Gefahr im Verzuge kann der Vorsteher der Schule (bei höheren Lehranstalten und bei Lehrerbildungsanstalten der Direktor) auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Schließung vorläufig anordnen, hat aber hiervon unverzüglich der Schulaufsichtsbehörde sowie dem Landrat Anzeige zu machen. Auch ist dem Patronat (Kuratorium) in der Regel schon vor Schließung der Anstalt von der Sachlage Kenntnis zu geben. Außerdem ist der Vorsteher der Schule (Direktor) verpflichtet, alle gefahrdrohenden Krankheitsverhältnisse, welche die Schließung einer Schule oder Schulklassen angezeigt erscheinen lassen, zur Kenntnis der Schulaufsichtsbehörde zu bringen.

§ 16. Die Wiedereröffnung einer wegen Krankheit geschlossenen Schule oder Schulklassen kann nur von der in § 12 Absatz 2 bezeichneten Behörde auf Grund eines Gutachtens des Kreisarztes angeordnet werden. Auch muß ihr eine gründliche Reinigung und Desinfektion der Schule oder Schulklassen, sowie der dazu gehörigen Nebenräume vorangehen.

§ 17. Die vorstehenden Vorschriften finden auch auf Erziehungsanstalten, Kinderbewahranstalten, Spielschulen, Warteschulen, Kindergärten, Krippen und dergl. entsprechende Anwendung.

§ 18. Es empfiehlt sich, die Schüler gelegentlich des naturwissenschaftlichen Unterrichts und bei sonstigen geeigneten Veranlassungen über die Bedeutung, die Verhütung und Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten aufzuklären und die Eltern der Schüler für das Zusammenarbeiten mit der Schule und für die Unterstützung der von ihr zu treffenden Maßregeln zu gewinnen.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Dels, den 8. Oktober 1907.

Abdruck hiervon bringe ich zur öffentlichen Kenntnis.

Die Schulvorstände ersuche ich, für die Reinhaltung der Schulgrundstücke, der Schulräume und der Bedürfnisanstalten Sorge zu tragen.

Die Ortspolizeibehörden haben fortan von jeder Erkrankung eines Lehrers oder Schülers an einer der im § 4 Absatz 1 der Anweisung bezeichneten Krankheiten, welche zu ihrer Kenntnis gelangt, dem Vorsteher der Anstalt (Rektor, Hauptlehrer, ersten Lehrer) unverzüglich Mitteilung zu machen.

Nr. 441.

Dels, den 11. Oktober 1907.

Bestätigt: Der Gutsbesitzer Heinrich Ahmann zum Schöffen und der Stellenbesitzer Wilhelm Bogt zum Pfalschöffen der Gemeinde Allerheiligen; der Stellenbesitzer Paul Meiser zum Schöffen der Gemeinde Bessel.

Der Königliche Landrath.

Graf Kospoth.

Nach einer Veltage.

Beilage zu Nr. 42 des Delscher Kreisblattes.

B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Ober-Wabnitz, den 12. Oktober 1907.

Die Schweinefleuche unter dem Schwarzblehbestande des Gutsbesizers Robert Günther in Wabnitz ist erloschen, und die Stallsperrung ist aufgehoben.

Der Amtsvorsteher.
Adermann.

Korschlitz, den 12. Oktober 1907.

1. Die Schweinefleuche auf dem Dominium Korschlitz ist erloschen;
2. Unter den Schweinebeständen des Bauergutsbesizers Karl Christalle-Korschlitz ist die Schweinefleuche ausgebrochen.

Der Amtsvorsteher.
J. B.
Karsunty.

Trebnitz, den 14. Oktober 1907.

Betrifft Viehmarkt in Trebnitz.

Zu dem am Mittwoch, den 23. Oktober cr. in Trebnitz stattfindenden Viehmarke dürfen Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen nur aus fleuchefreien Ortschaften aufgetrieben werden. Der Austrieb von Einhufern aus Warentschine, Kreis Mittelsch und Birken, Kreis Trebnitz ist verboten.

Der Königliche Landrath.
gez.: von Schellha.

Kirchliche Nachrichten.

(Am 21. Sonntag nach Trinitatis.)*
Gottesdienste in der ev. Propstkirche zu Dels.
Hauptgottesdienst mit Beichte und Abendmahl 9 1/2 Uhr: Herr Pastor Schmidt.
Abendgottesdienst 5 Uhr: Herr Pastor Wiemer.

In der St. Salvatorkirche.
Vormittags 9 1/2 Uhr: Herr Hofprediger Köhler.

Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr
Bibelstunde im Vereinshaus: Herr Pastor Wiemer.

Mittwoch, den 23. Oktober Missionsfest:
Nachmittags 3 Uhr Festgottesdienst in der Propstkirche. Herr Pastor Börner-Groß-Weigelsdorf. Bericht: Herr Missionar Bahr aus China. Abends 8 Uhr: Nachfeier im Elysiumsaale.

Donnerstag, den 24. Oktober, vormittags 9 Uhr Beichte und Abendmahl: Herr Pastor Köhler.

(Abendgottesdienst fällt aus.)

*) Kollekte für den Verein Hoffnungstal.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fahrradhändlers Ewald Thlonel in Bernstadt wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Amtsgericht Ramlau, den 9. 10. 1907.

Einzig

schön ist ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße, sammet-weiße Haut und blendend schöner Teint.

Alles dies erzeugt die echte

Stiefenpferd.

Silbenmilch-Seife

von **Bergmann & Co.,** Radebeul mit Schutzmarke: Stiefenpferd.

1 St. 50 Pf. bei: **R. Regner Neßl.,** **Wilk. Pohl, Rich. Marell** und **Adler-Apotheke.**

D. V.

bedeutet

„Danzs - Virus“

aus dem

Institut Pasteur, Paris.

Zur radikalen Vernichtung von
Ratten und Mäusen.

Anschäuf für andere Tiere u. Menschen.

— Glänzende Zeugnisse! —

Deutsche Danysz - Virus-
Vertriebs-Gesellschaft,
Berlin, Markgrafenstr. 89/90.

Sohn achtbarer Eltern,

welcher Lust hat die

Bäckerei und Konditorei

zu erlernen, kann sich unter günstigen Bedingungen melden.

Hugo Seybold, Breslau,
Hübnerstraße 40.

Die Lehnungsverhandlungen über das Fürstentum Dels von W. u. d. Schulenburg. Preis 75 Pf., auswärtig Zusendung für 85 Pf.

A. Ludwigs Buchdruckerei.

Strichninweizen,

bewährtes Mittel

zur Vertilgung von Mäusen,

empfiehlt zu billigen Preisen

Adler-Apotheke, Dels.

33 1/3 % Ersparnis.

Die Fehlfarben von alten renommierten 6 Pf. = Zigarren offeriere in Kisten von 100 Stück mit M. 4.00. Proben 5 Stück für 20 Pf.

Jacob Katz,

Inhaber: Willy Goldschmidt.

Schülerinnen

für den Unterricht einfacher und kunstgewerblicher Handarbeiten nimmt jederzeit neu auf

Magda Thaler,

Georgenstraße 4, 2. Etage

Marktpreise in der Stadt Dels

am Sonnabend, den 12. Oktober 1907.

Weizen, gelb . . .	23/30	22/70	22/10
Roggen	20/26	19/50	18/70
Gerste	18	17/30	16/50
Hafer	16/50	15/80	15/40
Rotherbsen, gelb . .	23	—	21
Speisebohnen, weiße	25	—	23
Linen	70	—	60
Kartoffeln	4	—	3/50
Nichtstroh	1/25	—	5
Krummstroh	—	—	—
Heu	7	—	6/40
Schbutter (1 Kilo) .	2/80	—	2/40
Eier (1 Schod) . . .	4	—	3/60

